

Berliner Tageblatt



Nr. 436

und Handels-Zeitung

Mittwoch, 15. September 1926

Verleger: Rudolf Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Heute Wahl der „Nichtständigen“.

Die neueste Vorschlagsliste. Ein englischer Vorschlag.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

E. F. Genf, 15. September.

Die neueste Vorschlagsliste für die neuen zu wählenden nichtständigen Mitglieder des Völkerbundesrates, die hier heute vormittag zur Abstimmung und besonders von der englischen Delegation unterstützt wird, ist folgende:

Für ein Jahr Belgien, Tschechoslowakei, San Salvador;

für zwei Jahre Holland, Perien, Kolumbien;

für drei Jahre Polen, Rumänien und Chile.

Die Nichtst. China durch Perien zu ersetzen, läßt sich noch am leichtesten durchsetzen. Ebenfalls ist zwischen Rumänien, Holland und Belgien die Wahlensdauer noch streitig. Auch der Wahl der Tschechoslowakei wird noch lebhaft umkämpft. Ungefragt dürfte ausscheiden, da die südamerikanischen Staaten, die bis in die tiefe Nacht über ihre Kandidatur verhandeln, sich für San Salvador entschieden haben. Irigun ist allerdings nicht seine Kandidatur anerkennen, da es auf dem Standpunkt steht, daß die Freiheit der Völkerbewegung nicht durch die Einteilung einzelner Gruppen, wie in diesem Falle der südamerikanischen Staaten, eingeschränkt werden dürfte.

Die heutige Sitzung der Versammlung

(Telegramm unseres Korrespondenten)

E. F. Genf, 15. September.

Langsam nur tritt sich der Saal, als Viertelstunde kurz nach 10 Uhr die achte Plenarsitzung dieser Versammlung eröffnet. Er ist fast als einer der ersten auf dem Platz. Erstlich wird noch ein und der verhandelt. Chamberlain setzt sich zu den deutschen Delegierten. Er hat eine längere Rede gehalten mit Dr. Gans, auf der höchsten Punkt seinen Bericht über die Weltfriedensfrage. Einmal später erheben sich Stresemann und Spuler. Der Bericht kommt Bensch, von dessen Kandidatur man wieder spricht, und unterteilt sich sehr lebhaft mit den Deutschen. Man gibt eine kurze Rede über die letzte Sitzung der Konferenz. Einmal wird er durch eine kleine Manifestation unterbrochen. Eine Anzahl von Pressevertretern, die nach einer neuen Anordnung des Präsidiums während der Reden die Tribünen nicht betreten darf, demonstriert dagegen laut und ergötzt sich schließlich den Jubel. Man erinnert sich einmal an die große Bedeutung der zwischen Irland und Stresemann ausgetauschten Reden und schließt unter heftigen Beifall auf allen Seiten.

Auch die weitere Vornachbereitung verläuft in ungestörter Harmonie. Schweden, Kanada, Irland und Belgien sprechen ihre Zustimmung zu der Kandidatur aus.

Die Debatte wird heute nachmittags fortgesetzt. Die Reden werden. Die Mehrheit bleibt. Es ist kein Zweifel, daß die Kandidatur heute nachmittags einstimmig angenommen wird und damit der Weg für die Vermehrung der neuen nichtständigen Mitglieder freigegeben ist. Einzelne Kandidaturen sind noch heftig umstritten. Dieser Kampf geht hinter den Kulissen vor sich. Die Harmonie der Völkerbundversammlung wird dadurch nicht getrübt.

Genf, 15. September.

Die Versammlung begann heute vormittag die Beratung des neuen Wahlreglements für den Rat. Unbestritten war

erstattete Bericht über die Arbeit der Studentenkommision, die letzten Gesichtspunkte des von ihr angenommenen Entwurfs, über das namentlich die Veranlassung zu entscheiden haben würde. Er schloß mit dem Hinweis darauf, daß morgen die Ratswahlen stattfinden und daß die beschlossene Vernehmung der Täte Valentin erörtern und dem anschließenden Kontinental jugos kommen müssen, wobei die Veranlassung selbstverständlich in völliger Freiheit zu entscheiden habe. Das neue Reglement sei ein Kompromiß, das im Geiste der Verständigung geschlossen sei. Er erinnerte noch einmal an das große Ereignis des 10. Septembers und schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß der Beschluß der Versammlung die Kraft und Wohlfahrt des Völkerbundes stärken werde. Hiernach gab der Delegierte Schwedens, Vöglren, eine Erklärung ab, in der er noch einmal an die Verbundene Kritik erinnerte, deren Lösung nach der Auffassung seiner Regierung gerade nicht ideal sei, sondern zu ersten Schwereigkeiten führen würde. Am Schluß des Vortrags, hatte die schwedische Delegation die Mütze abgenommen und wurde heute dafür stimmen. Er betonte aber, daß das neue Reglement keine Ausrüstung der Ratswahlmitglieder bedeuten dürfe. Er hoffe, daß das neue Reglement eine dauernd befriedigende Lösung des Problems der Ratswahlorganisation bringe. Zu diesem Sinne werde die schwedische Regierung es annehmen. Der Vertreter Kanadas betonte, welche Schwierigkeiten für die erfolgreiche Arbeit des Rates nachstehend sein müßten. Die neue Wahl sei nicht ideal, für alle Zeiten gültig, aber sie sei die einzige zurzeit durchführbare. Die Einführung der Wiederwählbarkeit bedeute eine Stärkung des Rates. Die Macht der Versammlung sei ebenfalls völlig gestärkt. Der Redner unterstrich die Notwendigkeit der Berücksichtigung der geographischen Gesichtspunkte bei der Verteilung der Ratssitze, aber man dürfe hierfür keine starren Maßregeln aufstellen. Betreffs der drei Täte für Kontinental vertrat der Redner die Auffassung, daß der Völkerbund eine Weltvereinigung sei, die eine Segelung in Interkontinentalen möglichst vermeiden müsse. Jeder Standort nach eines der Dominions erhebe Anspruch auf einen Ratssitz, obwohl sie ein gleiches Recht auf Vertretung im Rate hätten wie die übrigen Staaten. Entschieden für die Gewährung eines Sitzes müsse das sein, was ein Mitglied für den Rat leiste.

Während der Rede seiner Rede teilte Costa mit, daß er seinen Vorschlag habe, daß der Rat in zwei Klassen unterteilt werden solle, die eine Klasse für die nichtständigen Mitglieder, die andere für die ständigen Mitglieder. Er erklärte, er werde mit Freude sein Vorschlag dem Rat vorlegen, aber er werde sich über die grundsätzliche Bedeutung der neuen Regelung und betonte, die Versammlung müsse ihr Recht gänzlich frei ausüben können. Der Redner widersprach sich der Behauptung, daß ein Rat von 14 Mitgliedern nicht funktionieren könne. Eingehend erörterte die Notwendigkeiten, die zu der heutigen Sitzung geführt haben, und wandte sich gegen die Bevorzugung gewisser Staaten bei der Wiederwahl.

Ein feierlicher Empfang im Internationalen Arbeitsamt.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten)

E. F. Genf, 15. September.

Heute nachmittag findet ein feierlicher Empfang der deutschen Delegation im Internationalen Arbeitsamt statt, der gleichzeitig der Heilwache der von Deutschen Reich gestifteten Reichsteilnehmer Gedenkfeier gilt.

Primo de Rivera über Tanger.

Der Gedanke des Verzichtes auf Marokko.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 15. September.

Ein Vertreter des „Welt Blattes“ befragte den spanischen Diktator Primo de Rivera über die Gerüchte, denen zufolge Spanien die Absicht habe, sein Protektorat in Marokko aufzugeben. Der General erklärte, daß es tatsächlich einen Augenblick gegeben habe, in dem das Verlassen Marokkos in Erwägung gezogen wurde. Aber das ist heute nicht mehr der Fall. Auf die Frage des Interviewers, wie es denn in Zukunft damit sein werde, erklärte der Diktator: „Alles hängt von Tanger ab. Wenn wir nicht die Kontrolle über Tanger haben, dann bleibt es ein heißer Streit zwischen uns und — unglücklicherweise ist sich immer ein guter Vorwand — in zwei, drei oder fünf Jahren wird die Rebellion von neuem ausbrechen. Innerhalb dieser Umständen aber ist das Protektorat über Marokko zu lassen. Warum sollen wir uns damit befassen? Primo de Rivera sagte dann hinzu: „Das heutige Ziel von Tanger ist ein wichtiger Steinbaustein für internationale Verständigung. Glauben Sie mir, nicht nur für uns, sondern auch für Frankreich und für die ganze Welt ist es besser, wenn Tanger Spanien angehört. Im übrigen werden wir keine militärischen Arbeiten ausführen, und es wird in Tanger eine vollkommen wirtschaftliche Geschäftsbereich herbeiführen.“ Neben dem Völkerbund sagte der General mit einem „Amen“ „Amen“ „Amen“. Auch für Genf haben wir Hoffnungen gesetzt. Die Hoffnungen sind nicht erloschen, daß sie in Erfüllung gehen. Wir können niemandem Zwangslegen.

Indianer Rebellion in Mexiko.

Eine Strafexpedition gegen die Jalis.

Telegramm unseres Sonderkorrespondenten

C. Z. Kitzel.

Mexiko, 15. September.

Der wilde Indianerhaufen Mexikos, die Jalis, haben zwischen Nogales und Culiacan einen Zug, in dem der frühere Präsident Obregon sehr überleben. Sie gewannen Obregon, sich mit seiner Familie in einem Dorf zu verbergen, bis ihn die Regierungstruppen ergriffen. Die Jalis, die in offener Auflehnung gegen die Regierung sind, brachten einen Zug mit Obregon zum Untergang, wobei es zwei Tote gab. Die Regierung hat Truppenkörper mobilisiert, die sich die Jalis' Versteck unterwerfen und entsenden eine starke Strafexpedition in deren Gebiet.

Affären-Fieber in der Tschechoslowakei.

Beneš im Kreuzzug. — Präsident Masaryk seufzert. — Die angebliche Paralyse des gewählten Kriegsministers Ströbrn.

(Von unserem Korrespondenten)

Prag, 15. September.

Die innenpolitischen Verhältnisse der Tschechoslowakei nehmen eine Entwicklung, die den Gedanken an die Möglichkeit eines inneren Friedens in dieser fünfjährigen Republik trübt. Die bürgerlichen tschechischen Parteien (Agrarier, Arbeiter, Nationaldemokraten und Gewerkschaften) dürften genötigt sein, bei der Konstellation zu bleiben, die sich im Frühjahr beim Durchbruch der agrarischen Hochpreiswelle herausgebildet hat, nämlich beim Bündnis mit den deutschen Agrariern und Christlichsozialen sowie der ungarischen Nationalpartei. So ergeben sich die Nachteile eines Bürgerkriegs, durch den vielleicht eine teilweise Beilegung der nationalen Streitfragen erzielt werden kann. Die gänzlich Unklarheit des Systems ist freilich von heftigen Konsequenzen auf der ganzen Linie begleitet. Durch die deutliche Bevölkerung geht ein tiefer Niedergang. In weiten Kreisen, die nun außer den Adelstiteln der tschechischen Verwaltung auch eine schwere wirtschaftliche Misere zu ertragen haben, befindet die Politik der sogenannten Sozialisten, die ihre Stimmen den tschechischen Bürgerlichen zur Verfügung gestellt haben und weiterhin halten wollen, ohne daß eine merkliche Verringerung des nationalen Druckes eingetreten wäre.

Unter weit heftigeren Eruptionen vollzieht sich die Kuränderung auf tschechischer Seite. Hier ist die Lösung von der nationaltschechischen Antikriegspropaganda von einem Nationalismus von Affären begleitet, die die Beobachtung und Beurteilung der politischen Vorgänge nicht gerade ermutlich machen. Doch ist die Gabel nicht mehr. Der in möglichst davon abgelenkte Generalstab, der die tschechischen Beziehungen zu den Sowjets gehabt haben soll, streng Ehrenbeleidigungsprojekte an und läßt sich von den tschechischen als nationalen Märtyrer feiern. Der tschechische Kammern erhält immer wieder neue Nahrung durch die schwebende Gestaltung der nationaldemokratischen Partei, deren wirtschaftliche Elemente nichts von einer neuen Verbindung mit den sozialistischen Gruppen wissen wollen und sich lieber mit der Mitarbeit der Tschechen in einem Bürgerkrieg abfinden, während der tschechische Bürger, mit dem Parteiführer Dr. Kramarj an der Spitze, von der „deutschen Gefahr“ zittert, mit den tschechischen tschechisch und mit dem Gedanken einer nationalen Diktatur spielt.

Die alte aber, die tschechischen und die bürgerlichen Parteien, legen ihre Kampagne gegen Dr. Beneš fort. Nachdem es unglücklich ist, ihn über Gards zu Fall zu bringen, wird er als nationaler Schädling hingerichtet und gewinnbringende Verhandlungen beidseitig. Die unaufrichtigen Angriffe gegen Beneš haben kürzlich den Präsidenten Masaryk veranlaßt, öffentlich gegen die Wiederkehr seines Freundes und tschechischen Mitarbeiter aufzutreten. Masaryk hat in einem Zeitungsinterview überaus Enthüllungen gemacht, hat Gards erneut bloßgestellt und Trohungen gegen dessen Anhänger ausgesprochen. Masaryk hat dann insbesondere Dr. Kramarj scharf angepaßt, dem er eine pathologische Politik vorwarf und den er für die tschechische Desorientierung des Bürgerkammern und für die tschechischen Auswüchse verantwortlich machte. Das alles in dem für Masaryk bezeichnenden scharfen und autoritativen Ton, der die Abgrenzung noch höheres machte. In den tschechischen Kreisen, die die ganze alte Feindschaft der beiden Männer mit, die schon zu Oesterreichs Zeiten Widerlächer waren, Kramarj der bekanntlich während der Kriegszeit im alten Oesterreich wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden war, hat es nicht verhindert können, daß Masaryk durch seine Tätigkeit im Ausland mehr Ruhm und Volkstümlichkeit gewann und zum Präsidenten erkorren wurde. Die Berührung hat sich in ständiger, oft heftiger Kritik der äußeren Politik Benešs Luft gemacht, einer Kritik, die in Verbindung mit dem Beschluß, in Beneš den Präsidenten Masaryk treffen wollte. Die Absicht Masaryks ist allerdings unerwartet scharf ausgefallen und insbesondere hat der freilich ungewöhnliche Schritt eines Staatsoberhauptes, das im Abtauchen in die öffentliche Arena und das direkte Eingreifen in schwebende Streitfragen, viel Staub aufgewirbelt. Die tschechischen bürgerlichen Parteien erklären sich mit Dr. Kramarj solidarisch, lehnen — soweit es die Zeitur erlaubt — die Kritik des Präsidenten ab und mit Verteidiger ist schließlich Dr. Beneš, dem heftig zugestimmt wird. Neben tschechischen, aber zumindsten tschechischen Beweisen werden wieder alte Gerüchte persönlicher Natur hervorgehoben. So zum Beispiel der Vorwurf, daß Dr. Beneš sich durch mißbräuchliche Verwendung des Kampffonds der tschechischen Auslandsrevolution bereichert, daß er ein nach Millionen zählendes Vermögen zusammengebracht und im Ausland angelegt habe, und daß er ungebührlich hohe Summen an Gehalt und Zulagen bezöge. Diese Angriffe haben Beneš, trotz die veröffentlichte Kritik und Misere, vor einer ungewöhnlichen Art Markt bewahrt. Er legt der Öffentlichkeit eine bis ins einzelne gehende Aufstellung seiner Vermögensverhältnisse vor. Und nun vertieft sich der stets zur Misgunst geneigte Kleinbürger in die Angaben, daß Dr. Beneš vor dem Krieg zwei vererbte Häuser besaß und durch ein Grundstück seiner Frau entlastet habe, daß er nach dem Krieg zurück und den Erlös von einer halben Million Kronen zum Bau einer Villa in Prag verwendet habe, wozu er allerdings noch eine halbe Million Kronen Schulden aufnehmen mußte, daß er von